Vormarsch und Aufgaben in Sachsen im Spiegel der Wahlergebnisse

Von Fritz Selbmann

Wir entnehmen einem längeren Artikel des Bezirksleiters Genossen Fritz Selbmann zum 3. Bezirksparteitag aus der nächsten Nummer des „Bolschewik" nachfolgenden Abriß, der sich mit dem Vormarsch, mit den Aufgaben in Sachsen im Spiegel der Wahlergebnisse befaßt. Der Artikel bereitet die Plattform für die Diskussion zum Bezirksparteitag vor und wir verweisen hiermit schon heraus, daß es für jeden Funktionär notwendig ist, die betreffende Nummer des „Bolschewik" besonders aufmerksam zu lesen.

Der Bezirksparteitag wird sich insbesondere auch mit dem Wahlergebnis vom 6. und 13. November als Stimmungsbarometer beschäftigen müssen. Die entscheidende Charakterisierung des Wahlergebnisses vom 6. November gab das Zentralkomitee in seinem Artikel zu dem Ergebnis der Reichstagswahl. Das ZK schrieb:

„Die Kräfte der proletarischen Front wachsen immer rascher, während im Lager des Klassenfeindes der Niedergang der Sozialdemokratie, der sozialen Hauptstütze der Bourgeoisie, anhält und die Zersetzung der faschistischen Massenbewegung in großem Maße zugenommen hat."

Diese Feststellung des ZK wird auch durch

das Ergebnis der Wahl vom 6. November in Sachsen

bestätigt. Die positiven Ergebnisse dieser Wahl sind bekannt:

Stimmengewinn der KPD um 58 000 Stimmen.

Verlust der SPD um 44 000 Stimmen.

Verlust der NSDAP um etwa 170 000 Stimmen.

Ueberprüfen wir das Wahlergebnis vom Standpunkt unserer strategischen Hauptaufgabe: Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse, so zeigt sich eine wesentliche Verschiebung in dem Verhältnis der Stimmen der SPD und KPD zueinander. Während die SPD bei der Maiwahl 1928 noch 999 335 Stimmen erhielt und die KPD 385 075, sank bis zur Novemberwahl 1932 die Stimmenzahl der SPD auf 854 831 gegenüber 608 503 kommunistischen Stimmen.

Die SPD verlor also in den vier Jahren 144 000 Stimmen, während wir 222 000 Stimmen gewannen.

Die gleiche Erscheinung sehen wir bei dem prozentualen Anteil beider Parteien an der Gesamtzahl der Stimmen.

Betrug der sozialdemokratische Anteil 1928 36,3 Prozent und der der KPD 14,3 Prozent, so war bei der Novemberwahl 1932 der Anteil der SPD an der Gesamtstimmenzahl 28 Prozent und der der Kommunisten 19,7 Prozent.

Das Ergebnis der Wahl vom 6. November ist für uns trotzdem nicht befriedigend. Das zeigt sich vor allem im Verhältnis unseres Wahlergebnisses zum Reichsdurchschnitt. Während die Stimmenzunahme im Reiche durchschnittlich 13 Prozent beträgt, so ist der Durchschnitt des Bezirkes nur 10,6 Prozent. Während die Wahlkreise Dresden und Leipzig über den Durchschnitt liegen, liegt das Ergebnis des Wahlkreises Chemnitz-Zwickau unter dem Durchschnitt. Dasselbe zeigt sich bei dem Verlust der SPD, wo ebenfalls unser Bezirk erheblich unter dem Reichsdurchschnitt liegt. Von größter Bedeutung ist jedoch die Tatsache, daß in einigen sächsischen Städten die SPD sich nicht nur behaupten, sondern sogar noch kleine Stimmengewinne erzielen konnte, wie in Leipzig, Chemnitz, Plauen usw.

Die Ursache dieses unbefriedigenden Ergebnisses ist vor allen Dingen darin zu suchen, daß es der Partei und der RGO bei der Steigerung der Streikwelle gegen den Lohnabbau in vielen Fällen nicht gelang, die führende Rolle der Partei und RGO im Wirtschaftskampf herauszuarbeiten und die Streikbrecherrolle der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie zu entlarven. Eine weitere entscheidende Ursache vor allen Dingen für unseren nicht genügenden Einbruch in die sozialdemokratischen Reihen ist die Tatsache der ungenügenden Entlarvung der „linken" Betrugsmanöver, insbesondere in Sachsen.

Das Ergebnis der Wahl vom 13. November

wird in der nichtkommunistischen Presse meist als nichts anderes als eine Bestätigung des Ergebnisses vom 6. November gewertet. Soweit von einer Bestätigung des Ergebnisses der am 6. November zutage getretenen Tendenzen gesprochen werden kann, trifft dies nur zu auf die Feststellung, die das ZK zu dem Wahlergebnis vom 6. November machte. Bei der Ueberprüfung des Wahlergebnisses bei den Kommunalwahlen am 13. November ist es notwendig darauf hinzuweisen, daß es sich hier nicht nur um eine Bestätigung des Rückganges der Nazis und kleine Verluste der SPD handelt, wie sich dies beim 6. November gezeigt hatte, sondern teilweise um einen völligen Umschwung, der in vielen Fällen über die Bedeutung einer einfachen quantitativen Verstärkung der Tendenzen vom 6. November hinausgeht. Es ist außerordentlich wichtig festzustellen, daß die Wahl am 13. November eine Woche nach einer Reichstagswahl stattfand, daß daraus eine erhebliche Wahlmüdigkeit resultiert und daß Nazis und Sozialdemokraten ihre großen Verluste am 13. November schon eine Woche nach ihren Verlustwahlen vom 6. November erhielten. Während in den großen Städten der Stimmenverlust der KPD außerordentlich viel geringer war als der allgemeine Rückgang der abgegebenen Stimmen, so daß hier relativ ein Stimmengewinn für die Kommunistische Partei zu verzeichnen ist, das zeigt sich vor allen Dingen in den mittleren Städten in Sachsen,

daß die KPD in einer Woche trotz erheblich niedrigerer Wahlbeteiligung noch Stimmen erobern konnte, während alle anderen Parteien erhebliche Verluste hatten.

Für unseren Vormarsch ist nicht nur entscheidend, daß wir in dieser einen Woche verhältnismäßig eine solche Erweiterung unseres Einflusses feststellen konnten, der in seinem Ausmaß der Steigerung unseres Einflusses der Periode vom 31. Juli bis 6. November gleichkommt, sondern daß die Partei auch in der Lage war, bei dieser Kommunalwahl in fast 900 Gemeinden Listen aufzustellen, gegenüber schätzungsweise 400 Listen im Jahre 1929. Neben unserem großen Gewinn an Stimmen und politischen Einfluß sind

zwei Tatsachen von Bedeutung:

1. Die Kommunalwahlen zeigten nicht nur eine Fortsetzung der Verluste der Nazis, sondern in sehr vielen Orten einen regelrechten Zusammenbruch der Nazipartei. Das trifft vor allem zu auf sehr viele Gemeinden des Erzgebirges und des Vogtlandes, wo die Nationalsozialisten teilweise Verluste bis zu 50 Prozent und darüber während einer Woche zu verzeichnen haben. Während noch vor kurzem die Nationalsozialisten bei einer Kommunalwahl in vielen Gemeinden absolute Mehrheiten bekommen hätten, ist das jetzt in fast keiner Gemeinde in Sachsen der Fall.

2. Der gleichzeitige starke Verlust der SPD bestätigt die Richtigkeit der Feststellung des ZK, daß wir den Faschismus nur schlagen können in dem Maße, wie wir die SPD als Hauptfeind im Lager der Arbeiterklasse schlagen.

Die Verluste der SPD sind außerordentlich groß. Wenn wir hier auf eine Gegenüberstellung der Mandatsverhältnisse in den Gemeinden verzichten, so wollen wir doch darauf hinweisen, daß in einer großen Anzahl von Gemeinden die Kommunisten stärker geworden sind als die SPD und daß es in anderen Städten, wie z. B. in Falkenstein und Fallenau sogar gelungen ist, die SPD völlig aus dem Gemeindeparlament auszuschalten und die Mandate der SPD für uns zu erobern.

Bei allen bisherigen Kommunalwahlen war es eine allgemein übliche Erscheinung, daß die KPD gegenüber sonstigen politischen Wahlen Verluste aufzuzeigen hatte, während die SPD Gewinne erzielte. Das war vor allen Dingen damit begründet, daß bei Kommunalwahlen weniger die großen entscheidenden Fragen des revolutionären Ausweges und der Endlösungen eine Rolle spielten, sondern daß hier die kleinen kommunalpolitischen, sozialpolitischen Fragen im Vordergrund standen. So zeigte sich auch bei der Kommunalwahl 1929 ein ungeheurer Stimmenrückgang unserer Partei gegenüber der kurz vorher stattgefundenen Landtagswahl und ein Anwachsen der SPD.

Warum zeigte sich bei diesen Kommunalwahlen ein völlig umgekehrtes Bild? Wir glauben vor allem zwei Ursachen zu sehen:

1. Die Feststellung des 12. Plenums des Ekki, daß das Ende der relativen kapitalistischen Stabilisierung auch das Ende der sozialen Reformen bedingt, daß also die kapitalistische Klasse nicht mehr in dem früheren Maße in der Lage ist, der Arbeiterschaft kleine soziale Reformen zu gewähren, zeigt sich bereits auch im Bewußtsein der Massen.

Nach dem Hinauswurf der SPD aus ihren meisten staatlichen Machtpositionen und nach der fortgesetzten Liquidierung früherer sozialpolitischer Errungenschaften der Arbeiterklasse wächst bei der Arbeiterklasse die Erkenntnis, daß der Kampf jetzt nicht mehr um kleine soziale Reformen, sondern um den entscheidenden revolutionären Ausweg geführt werden muß.

2. Die Parteikonferenz stellte fest, daß sich in der Gegenwart ein Umschwung in der Einstellung der breiten Massen zur Partei in der Form zeigt, daß die Arbeiter in der Gegenwart erkennen, daß die Kommunistische Partei nicht nur eine gute und richtige Perspektive hat, sondern daß sie auch die einzige Partei ist, die die täglichen Kämpfe der Arbeiter führt.

Diese von der Parteikonferenz bereits festgestellte Erkenntnis wächst bei den Arbeitern und kommt nun auch in dem sonst üblichen Verhältnis zwischen Kommunal- und Reichstagswahl abweichenden Ergebnis bei dieser Kommunalwahl vom 13. November zum Ausdruck.

Bei den Wahlen am 6. und 13. November haben wir der SPD entscheidende Schläge versetzt und ihr große Massen von Arbeitern, die unter ihrem politischen Einfluß standen, entrissen.

Bedeutet dies jedoch bereits die Erfüllung der Aufgabe: Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse? Es ist hierbei notwendig, darauf hinzuweisen, daß die strategische Hauptaufgabe der Partei nicht abstrakt in der zahlenmäßigen Eroberung der Mehrheit der Arbeiterstimmen zu sehen ist, sondern die Gewinnung der entscheidenden Schichten des Proletariats zum Kampf um die Macht. Völlig richtig sagt das Zentralorgan unserer Bruderpartei in der Sowjetunion, die Prawda, bei der Betrachtung der Wahlergebnisse.

„Doch selbst die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse bei den Wahlen, an die die KPD herangeht, bedeutet noch nicht die Eroberung der Arbeiterklasse für entscheidende Klassenkämpfe."

Die entscheidenden Positionen im Klassenkampf sind die Betriebe, und hier insbesondere die Großbetriebe und die Massenorganisationen der Arbeiter.

Neben der zähen organisatorischen Arbeit zur Eroberung der Betriebe für den revolutionären Kampf und der Gewinnung der unter reformistischem Einfluß stehenden Arbeiter in den Massenorganisationen für den Kommunismus ist daher nach wie vor die Auslösung von Kämpfen und die Einbeziehung der reformistisch geführten Arbeiter in diese Kämpfe die entscheidende Aufgabe im Kampf um die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse, zum Kampf um die politische Macht.

Alle Versuche der Bourgeoisie zur Ueberwindung der Regierungskrise bewegen sich auf der Linie der Schaffung der sogenannten „nationalen Konzentration", d. h. praktisch einer Einbeziehung der Nazis in die Regierung. Die Linie der Liquidierung der Regierungskrise ist im Aufruf des ZK, der in der Tagespresse am 19. November veröffentlicht wurde, aufgezeigt. Die entscheidende Frage für unsere Politik ist die Frage der weiteren Entwicklung und Entfaltung der faschistischen Diktatur in Deutschland. Hierzu sagt das 12. Plenum des Ekki:

„Die weitere Entwicklung oder der Zerfall dieser Diktatur hängt von dem revolutionären Kampf der Arbeiterklasse gegen den Faschismus in allen seinen Formen ab."

Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die weitere Entfaltung und Entwicklung der faschistischen Diktatur muß geführt werden von der Partei unter Berücksichtigung der Grundaufgabe, die das 12. Plenum des Ekki den kommunistischen Parteien gestellt hat. Der ganze Inhalt unserer Politik und unserer Aufgabenstellung wird umrissen in dem Satz des Genossen Thälmann auf der Parteikonferenz:

„Wir können das gegenwärtige Stadium in Deutschland als die Vorbereitungsperiode der proletarischen Macht bezeichnen. Mit anderen Worten, heute handelt es sich für uns darum, immer breitere Massen des Proletariats für den Kampf um die proletarische Macht zusammenzuschweißen und durch die Erfahrungen der politischen und wirtschaftlichen Tageskämpfe von Teilstreiks bis zu höchsten Streikformen, an die Positionen des Kampfes um die Macht heranzuführen."

Auch hierbei darf die Partei und insbesondere die Partei in Sachsen nicht übersehen, daß mit der Erfüllung dieser Aufgaben aufs engste verbunden ist der Kampf gegen die SPD und um die Herstellung der proletarischen Einheitsfront, wie er in dem Aufruf des ZK vom 19. November umrissen ist.

Größte Bedeutung gewinnt in der nächsten Zeit der Kampf gegen die „l[illegible] Betrugsmanöver der SPD, wobei hier nur erinnert [illegible]n soll an die Verwirrungsmanöver in der Frage [illegible]r Einheitsfront von Bauer und Löbe,

an die Manöver des SPD-Vorstandes mit der Ablehnung der Einladung der Papenregierung, mit den demagogischen Anfragen der SPD im Reichs- und Landtag. Um was es hierbei geht, wird am deutlichsten enthüllt durch einen Artikel der Leipziger Volkszeitung, in dem es heißt, daß die SPD sich vorbereiten müsse in den heranziehenden außerparlamentarischen Kämpfen die Führung zu behalten.

Diese Lage und diese Aufgaben ergeben sich aus den letzten politischen Ereignissen für die Beratung des Bezirksparteitages. Der Bezirksparteitag muß in der Linie der Auswertung der Beschlüsse des 12. Plenums und der Verwirklichung der Direktiven des Plenums und der Parteikonferenz der sächsischen Parteiorganisation den Weg zeigen für die Erfüllung der Grundaufgabe:

Heranführung der Massen im Prozeß der Steigerung der wirtschaftlichen und politischen Kämpfe an den Kampf um die Macht, um die Arbeiter- und Bauernrepublik.

Wer noch nicht bestellt hat

für den morgigen Sonderverkauf der Arbeiterstimme, der muß das

sofort nachholen

und zwar per Telefon-Anruf beim Verlag unter Nummer **17259** oder per Telegramm ebenfalls an den Verlag, Dresden A 1, Oesterbahnhofstraße 2

Entreißt den Arbeiter Bartl dem Henker!

Organisiert den Massenkampf gegen Klassenjustiz und Faschismus in allen Betrieben und an allen Stempelstellen!

Der Kampf gegen das Chemnitzer Todesurteil wird zur immer breiteren Kampfwelle, die sich nicht nur gegen die faschistische Klassenjustiz, sondern gegen die faschistische Diktatur insgesamt richtet. Immer neue Betriebe, immer neue Arbeiterschichten schließen sich dem Proteststurm zur Rettung Bartls an. Heute liegen uns folgende Meldungen vor.

Die Betriebsarbeiter der Rütgers-Werke, Dehna, veranstalteten eine Unterschriftensammlung, zu der sich bereits zirka 180 Arbeiter und Arbeiterinnen eingezeichnet haben.

Die Fürsorgearbeiter der Baustelle Südrand-Siedlung in Markersdorf führten gestern einen viertelstündigen Proteststreik durch.

Protestentschließungen nahmen weiter die Belegschaften der Betriebe Schwarz und Grohe, der Baustelle Lippmann, Chemnitz, die Fürsorgearbeiter des Chemnitzer Grundstücksamtes, an.

Freigewerkschaftler gegen Todesurteil!

Die Sektion Chemnitz der Bauzeichnerarbeiter nahm in einer Sektionsversammlung eine scharfe Kampfresolution für die Freilassung Bartls und aller proletarischen politischen Gefangenen an.

Von den Massenorganisationen und aus proletarischen Veranstaltungen gingen bei uns folgende Proteste ein: Mitgliederversammlung des Vollschors Zschachwitz, Rote-Hilfe-Versammlung Dehna, Versammlung der im Bund sozialistischer Gefängnisarbeiter erfaßten Intellektuellen, Mitgliederversammlung der JAH Freiberg, Wanderverein „Freiweg", Leipzig, eine überfüllte Vorveranstaltung in Kirchberg bei Zwickau, Kundgebung des Arbeiter-Theater-Vereins Limbach, des Kampfbundes Wintenbrand, Mitgliederversammlung des Zentralsportvereins „Fichte", Bertsdorf, sowie des Zentralsportvereins Ehrenfriedersdorf.

Von einer Veranstaltung des Turn- und Sportvereins „Vorwärts" wurde eine Protestresolution mit 250 Unterschriften an das Justizministerium gesandt. Sämtliche proletarischen Organisationen sowie der Erwerbslosenausschuß von Klingenthal, die Mitgliederversammlung des Mietervereins Geithain, eine gut besuchte Frauenversammlung in Leipzig, der Zentralverein „Schwarzgelb" Böhlitz-Ehrenberg, der Arbeiterkulturverein Leipzig, sowie eine Hausfrauenversammlung der RGO Dresden-Probstheidaer Reich erheben ebenfalls schärfsten Protest gegen das Schreckensurteil!

Diese Protestwelle darf nicht zum Stehen kommen! Sie muß verstärkt werden, um nicht nur der Klassenjustiz, sondern der faschistischen Diktatur einen entscheidenden Schlag zu versetzen. Fasst in allen Betrieben Proteststreikbeschlüsse! Streikt für die Freilassung Bartls, gegen die faschistische Diktatur!

Schluß des Landtagsberichts

(Fortsetzung von Seite 1)

oder außerhalb der Regierung, die Interessen der Großkapitalisten und Großagrarier vertreten und dabei — so wie hier im Sächsischen Landtag — auf einer Linie mit allen Reaktionären und Arbeiterfeinden gegen das Proletariat marschieren.

Nachdem der Deutschnationale Eckert zum Präsidenten gewählt ist, fordern die Deutschnationalen Vertagung, um Zeit für den Kuhhandel um die übrigen Posten zu bekommen. Böchel schließt sich im Auftrage der SPD diesem Antrag an (!).

Nach der Wiedereröffnung der Sitzung erklärt Böchel unter wüsten Schimpfreden gegen die Kommunisten, daß sie sich an den weiteren Wahlen nicht beteiligen werden. Nachdem aber die Posten des ersten und zweiten Vizepräsidenten besetzt sind, kommt doch das Verlangen der Sozialfaschisten, sich auch jetzt noch im Landtagspräsidium an der reaktionären Schiebepolitik, am Kampf gegen die Interessen der Arbeiterklasse beteiligen zu können, zum Durchbruch und sie schlagen drei ihrer Leute für die Schriftführerposten vor, die dann auch prompt mit den Stimmen der Bürgerlichen gewählt werden.

Genosse Renner erklärt im Namen der kommunistischen Fraktion, daß sich durch diese Dinge nichts an der Rolle der SPD als soziale Hauptstütze der Bourgeoisie geändert hat,

daß die Sozialfaschisten auch als geprügelte Lakaien der Bourgeoisie ihre arbeiterverräterische Rolle weiter spielen.

Für uns Kommunisten gibt es eine klare Linie: Kein Paktieren mit der Bourgeoisie und ihrer sozialen Hauptstütze, der SPD. Schärfster Kampf gegen National- und Sozialfaschismus, um die Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse, für die Herstellung der kämpfenden revolutionären Einheitsfront und den Sieg über den Faschismus.

Am Schluß der Tagung inszenierten dieselben Sozialfaschisten, von denen Weckel, als er noch kurz zuvor Präsident war, den KPD-Antrag gegen das Todesurteil nicht zugelassen hatte, noch ein neues Betrugsmanöver, indem sie einen Antrag gegen das Todesurteil gegen Bartl einbrachten. Doch auch dieser neue Betrug wird ihnen nichts nützen. Die Arbeiterklasse erkennt in steigendem Maße, daß es nur eine Partei gibt, die den Kampf gegen Klassenjustiz und Faschismus führt, die Kommunistische Partei!

Sie schachern weiter!

Berlin, 25. November. (Eig. Drahtbericht.)

Prälat Kaas ist gestern vom Generalfeldmarschall Hindenburg empfangen worden. Gleichzeitig fand eine Begegnung zwischen Hitler und Hugenberg statt. Der Inhalt dieser Unterredung zwischen Hitler und Hugenberg wird geheim (!) gehalten.

---

101 kommunistische Abgeordnete

In der am 25. November abgehaltenen Sitzung des Reichstagsvorältestenrates vom 22. Wahlkreis Düsseldorf-West wurde festgestellt, daß der KPD infolge der Stimmenverbindung mit Düsseldorf-Ost ein weiteres Reichstagsmandat zufällt, das an den Genossen Walter Hanel, Bochum, übertragen wird.